



[Ausgabe Nr. 12 • 2009 vom 26.6.2009](#), Seite 22

Serie: Forum Zukunft

»Die Kräfte vor Ort stärken«

Die Regionen fördern statt die Wirtschaft global steuern

Von Hans-Joachim Schemel

Der bisher bekannteste Vorschlag eines neuen Ordnungsrahmens für den Weltmarkt will globalen Institutionen die Verantwortung für die Gestaltung und Überwachung einer notwendigen Wettbewerbsordnung für die globalen Märkte übertragen. Die Stichworte lauten »Global Governance«, »Weltinnenpolitik« oder »globaler Marshallplan«.

Es mag möglich sein, sich weltweit auf Minimalregeln für den Finanzmarkt zu einigen. Jedoch wäre es eine Illusion zu glauben, dass Staaten mit sehr unterschiedlichem Wohlstandsniveau global einheitliche Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaft festlegen werden, etwa gemeinsame Mindestlöhne und Steuersätze, um zu verhindern, dass renditehungriges Kapital in die Länder mit den geringsten Sozial- und Ökostandards ausweichen kann. Und Entwicklungsländern wird nicht zugestanden werden, dass sie sich vor dem massenhaften Import von Industriegütern mithilfe wirksamer Zölle schützen, um der eigenen Wirtschaft eine Entwicklungschance zu geben. Die unterschiedlichen Interessenlagen der armen und reichen Länder lassen sich bei offenen Märkten von einer zentralen Instanz nicht unter einen Hut bringen.

Und selbst wenn dies gelänge, so würden auf globaler Ebene Expertengremien über das wirtschaftliche Schicksal der Menschen in allen Ländern der Erde bestimmen. Die Entscheidungsprozesse von global agierenden Institutionen wären durch demokratisch gewählte Regierungen der einzelnen Länder nicht mehr kontrollierbar und beeinflussbar. Die Entscheidungsbefugnis globaler Institutionen würde die demokratisch organisierte Verantwortlichkeit der Menschen für ihr eigenes Leben *ad absurdum* führen.

Eine globale Zentralisierung fundamental wichtiger Entscheidungsbefugnisse ist der falsche Weg. Der Weg in die umgekehrte Richtung führt in eine menschenwürdige Zukunft: Die Wirtschaftskreisläufe zur Herstellung, Verteilung und zum Verbrauch der Güter und Dienstleistungen müssen sich regional ausbilden können, anstatt global auseinandergerissen zu werden. Daher soll dem Prinzip der Subsidiarität Geltung verschafft werden, indem es gesetzlich verankert und konsequent angewendet wird. Das heißt: So viel Entscheidungskompetenz, wie möglich, soll in den Regionen auf möglichst tiefen

Entscheidungs Ebenen angesiedelt sein. Dieses Prinzip muss auch im Wirtschaftsleben konkretisiert und durchgesetzt werden.

Entscheidungen, mit denen die Kommune als kleinste Region überfordert ist, weil überörtliche Belange erheblich berührt sind, müssen in die Verantwortung der nächstgrößeren Region gegeben werden: des Bundeslandes, des Nationalstaats, Europas. Erst dann ist die globale Entscheidungsebene gefragt: die Verantwortung von Konferenzen, in denen politisch legitimierte Vertreter der Großregionen global geltende Regeln vereinbaren.

Das Konzept der Regionalisierung hat eine weitgehende Dezentralisierung der demokratisch kontrollierten Entscheidungsbefugnisse und eine Entflechtung der wirtschaftlichen Machtkonzentrationen zum Ziel. Die globale Vernetzung wird dadurch nicht aufgehoben. Sie wird allerdings in eine regionale Struktur eingebettet. Und die Regionen können der Wirtschaft wirklich wirksame Regeln auferlegen, um das Allgemeinwohl zu berücksichtigen.

Die regionalisierte Wirtschaft ist Voraussetzung und Fundament für eine Globalisierung, die dem Wohlstand aller dient und sich demokratisch gestalten lässt. Die Globalisierung ohne regionale Eigenständigkeit zerstört ihre eigenen wirtschaftlichen Grundlagen. Sie treibt die De-Industrialisierung voran. Sie untergräbt die Demokratie, indem sie im Zuge des mörderischen weltweiten Konkurrenzkampfes die soziale Komponente der Marktwirtschaft aushebelt. Damit es keine Missverständnisse gibt: Die Regionalisierung des Wirtschaftens bedeutet nur den Ausstieg aus der wirtschaftlichen Globalisierung, nicht aus der kulturellen Globalisierung. Letztere läuft weiter.

Die Regionalisierung des Wirtschaftens kann nur schrittweise erfolgen. Mit der Region Europa sollte begonnen werden, denn hier finden gegenwärtig die wichtigsten Weichenstellungen statt. Erst wenn Europa sich als Wirtschaftsraum gegenüber anderen Großregionen abgrenzt, kann es politisch wirkungsvoll gegen Massenarbeitslosigkeit und Armut agieren. Denn die Regierungen sind dann nicht mehr erpressbar, wenn Unternehmen auf die Zwänge des globalen Standortwettbewerbes verweisen und mit der Verlagerung von Arbeit oder Kapital drohen.

Ist Europa eine Region, die sich durch Zölle und Kapitalkontrollen abgrenzt, dann können Unternehmen strengen sozialen und ökologischen Gesetzen (etwa Regeln zur Verkürzung der Arbeitszeit) unterworfen werden. Unternehmer dürfen ihren Wohnsitz zwar aus der Region verlagern, nicht jedoch das in dieser Region erwirtschaftete (von vielen Menschen generierte) Kapital mitnehmen. Entsprechende Regeln des Kapitalverkehrs sind in der Sozialbindung des Eigentums begründet.

Europa und andere Großregionen, die aus mehreren Staaten bestehen – Wirtschaftsräume mit einem relativ homogenen Produktivitäts- und Wohlstandsniveau –, konzentrieren ihr Wirtschaftsgeschehen in erster Linie auf den Binnenmarkt und sind daher nur relativ wenig auf Importe und Exporte angewiesen.

Was den wirtschaftlichen Austausch zwischen zwei Regionen betrifft, so darf dieser nicht den Gesetzen des Marktes überlassen bleiben. Er muss zum Beispiel über Zölle, Mengenbegrenzungen und Kapitalverkehrsregeln politisch so gesteuert werden, dass die Interessen der am Handel beteiligten Regionen gewahrt bleiben. Jede Region hat ein fundamentales Interesse an einer vielfältigen Wirtschaftsstruktur, um nicht nur ihre Nahrungsmittel, sondern auch alle anderen für Leben und Wohlbefinden elementar wichtigen Güter so weit wie möglich selbst zu erzeugen. Es bleiben dann immer noch genug Güter, die

eingeführt werden müssen: zum Beispiel Rohstoffe.

Es liegt nicht im Interesse der Bevölkerung, wenn im Zuge einer unbegrenzten globalen Arbeitsteilung eine Wirtschaftsbranche nach der anderen in irgendeine Region der Welt abwandert. Und dies nur, weil sich dort allein nach betriebswirtschaftlichen Kriterien wie extrem niedrige Arbeitskosten, niedrige Öko- und Sozialstandards besonders günstig produzieren lässt. Durch die Wiedergewinnung einer vielfältigen Wirtschaftsstruktur, deren Bestand durch politische Grenzen gesichert ist, kann die Politik zum Beispiel mithilfe steuerlicher Anreize das Erreichen sozialer und ökologischer Ziele sicherstellen und schädliches Verhalten unrentabel machen. Für jede Region ist die binnenwirtschaftliche Vielfalt wichtig: als Schutz gegen außenwirtschaftliche Erpressung, als Garant eines vielfältigen Handels und als Voraussetzung für Vollbeschäftigung.

Bei Regionalisierung der Wirtschaft mit reguliertem Außenhandel gelten für den Export nicht mehr allein die Renditekriterien des freien Marktes. Güter können nur noch dann in eine andere Region exportiert werden, wenn die Handelspartner-Region in der Einfuhr des betreffenden Gutes keine Gefahr für die Vielfalt des eigenen Binnenmarktes sieht. So wäre unter der Bedingung eines kontrollierten Handels der Verkauf von Patenten über die Grenzen der Region Europa hinaus lukrativ. Denn: Anders als bei ungeregeltem Außenhandel haben nun Unternehmen ein großes Interesse daran, ihre Patente an Unternehmen anderer Regionen zu verkaufen, weil diese die damit hergestellten Waren nicht so einfach in der Region Europa verkaufen dürfen. Konkurrenz müssen die Unternehmen also nicht fürchten. Unter den Bedingungen geschützter regionaler Märkte sind auch industriell bisher wenig entwickelte Länder in der Lage, mit eigenen Mitteln den Anschluss an den technischen Fortschritt zu finden, weil ihre Märkte nicht ständig von billigeren Konkurrenzprodukten aus Industriestaaten überrollt werden. Sie können ihren Wohlstand aus eigener Kraft mehren und sind nicht mehr auf Investoren aus Industrieländern angewiesen.

Damit die Politiker ihre demokratisch verliehenen Entscheidungskompetenzen wiedergewinnen können, muss der zerstörerische Orkan des internationalen Wettbewerbs in einen belebenden Wettbewerb innerhalb von Regionen umgewandelt werden. Damit dies möglich wird, sollen Regionen verschiedener Größenordnung in einem subsidiär abgestuften System miteinander zum Wohle aller kooperieren können. Innerhalb der politisch gestalteten – gezielt durchlässigen – Grenzen können die Menschen aller Regionen in einer sozial und ökologisch gezähmten Marktwirtschaft frei und in Wohlstand leben bei gleichzeitiger Verantwortung für das soziale Miteinander und für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen.

Bildunterschriften, Marginalien, Zitate:

Hans-Joachim Schemel ist Unternehmer in München. Er engagiert sich bei dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac. Infos: www.globalisierung-oekosozial.de